

Deutsche Wirtschaft 2007: Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht*

Internationale Konjunktur

Weltwirtschaft 2007: Chancen auf eine Begrenzung der Ungleichgewichte

In der zweiten Jahreshälfte 2006 hat die Konjunktur in den Industrieländern an Fahrt verloren. In den USA expandiert die Wirtschaft deutlich langsamer als im langjährigen Trend, die wirtschaftliche Dynamik in Japan hat sich etwas abgeschwächt, und der für hiesige Verhältnisse kräftige Aufschwung im Euroraum hat sich zuletzt etwas verlangsamt. Das Tempo des Produktionszuwachses hat sich in den drei Wirtschaftsräumen in etwa angeglichen. Der Welthandel legte weiter mit hohen Raten zu, nicht zuletzt weil die hohe Wachstumsdynamik in den Schwellenländern anhielt.

Das weltweite Preisklima ist am Jahresende weiterhin ruhig. Dazu trägt bei, daß die Energiepreise nach dem Hoch im Sommer wieder gesunken sind und die Preise für Industrierohstoffe seit dem Sommer stagnieren. Die Löhne steigen im Euroraum weiterhin nur moderat. Gleiches gilt für Japan, wo die Deflation nach wie vor nicht endgültig überwunden ist. Dennoch signalisieren sowohl die EZB als auch die Bank von Japan ihre Absicht, die voraussichtlich noch günstige Konjunktur im nächsten Jahr dazu zu nutzen, den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik weiter zu verringern. Im Euroraum wird der Leitzins im Lauf des Jahres 2007 in etwa sein konjunkturneutrales Niveau erreichen, während die geldpolitischen Rahmenbedingungen in Japan auch 2007 noch anregend wirken.

Anders ist die Lage in den USA: Dort liegt die Kerninflationsrate¹ seit dem Sommer über 2½% und damit nach den Worten des Zentralbankpräsidenten „ungemütlich hoch“. Dennoch hat es die deutliche Verlangsamung der US-Konjunktur in den letzten Monaten des Jahres wahrscheinlich gemacht, daß die Zentralbank nächstes Jahr den Leitzins etwas senken wird. Konjunkturrisiken und Zinssenkungserwartungen haben seit November den Dollar abwerten lassen. Er notiert Mitte De-

zember gegenüber dem Euro knapp 10% schwächer als zu Beginn des Jahres.

Freilich wurden die Kapitalmärkte weltweit im Herbst von der konjunkturellen Eintrübung in den USA nicht mehr überrascht. Das zeigt der Kursrückgang der langfristigen US-Renditen seit dem Sommer. Zwar waren die Aktienkurse im gleichen Zeitraum und bis in den November hinein stark gestiegen; weltweit eher gedrückte Kurs-Gewinn-Verhältnisse lassen aber erkennen, daß nicht mit einer Fortsetzung der im Schnitt sehr günstigen Gewinnentwicklung gerechnet wird. Auffällig niedrig blieben die Renditedifferenzen zwischen risikobehafteten Titeln (etwa von Unternehmen von nicht erstklassiger Bonität) und denen mit hoher Sicherheit wie Staatspapieren. Offensichtlich vertrauen die Finanzmärkte darauf, daß die modernen Finanzmarktinstrumente die Anleger auch in konjunkturell etwas ungünstigeren Zeiten von den ärgsten Risiken abschirmen werden.

Der Abschwung in den USA wird die weltwirtschaftliche Expansion im Jahr 2007 dämpfen. Die Entwicklung hat aber auch ihr Gutes, denn das weitere Anwachsen des gewaltigen US-Leistungsbilanzdefizits, eines der Hauptrisiken der Weltwirtschaft, kann letztlich nur über eine langsamere Expansion der Güternachfrage in den USA begrenzt werden. Die Dollarschwäche erfüllt bei dem jetzt in Gang gekommenen Prozeß eine wichtige Funktion: Sinkt der Anteil von Importen am Verbrauch in den USA, so muß die Lücke durch eine Ausweitung der heimischen Produktion handelbarer Güter geschlossen werden. Die Dollarabwertung und die mit ihr einhergehende Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus den USA gibt die richtigen Anreize für eine solche Umstrukturierung der US-Wirtschaft.

Im Euroraum und wohl auch in Japan wird sich der Aufschwung im Jahr 2007 fortsetzen, wenn auch deutlich verlangsamt. Alles in allem schwenkt die weltwirtschaftliche Expansion nach dem kräftigen Aufschwung der letzten Jahre auf einen Pfad ein, der bei weltweit recht gut ausgeschöpften Produktionskapazitäten nahe am langfristigen Trend liegt; einem Trend, der aufgrund der dynamischen Wachstumsprozesse in den Schwellenländern wohl steiler ist als in den vergangenen Jahrzehnten.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 43/2006 am 21. Dezember 2006 veröffentlicht.

¹ Die Kernrate der Inflation entspricht dem Anstieg der Verbraucherpreise ohne die Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel.

Die jüngsten Wechselkursbewegungen machen die Währungspolitik Chinas zu einem Risikofaktor für die Weltkonjunktur. Bleibt der Renminbi von der Aufwertungsrunde gegenüber dem Dollar ausgenommen, werden einige Regionen wie Großbritannien und der Euroraum eine fühlbare Verschlechterung ihrer Wettbewerbsfähigkeit verkraften müssen. Immerhin scheint die chinesische Wirtschaftspolitik die Anhäufung von niedrig verzinsten Währungsreserven aus dem hohen Leistungsbilanzüberschuß als Problem zu erkennen. Jedenfalls hat China seit dem Sommer eine etwas raschere Aufwertung gegenüber dem Dollar zugelassen, nämlich um etwa zwei Prozent in den vergangenen fünf Monaten. Im Jahr 2007 würde eine nochmalige Beschleunigung des Aufwertungsprozesses der Weltkonjunktur weiterhelfen.

US-Konjunktur am Scheideweg

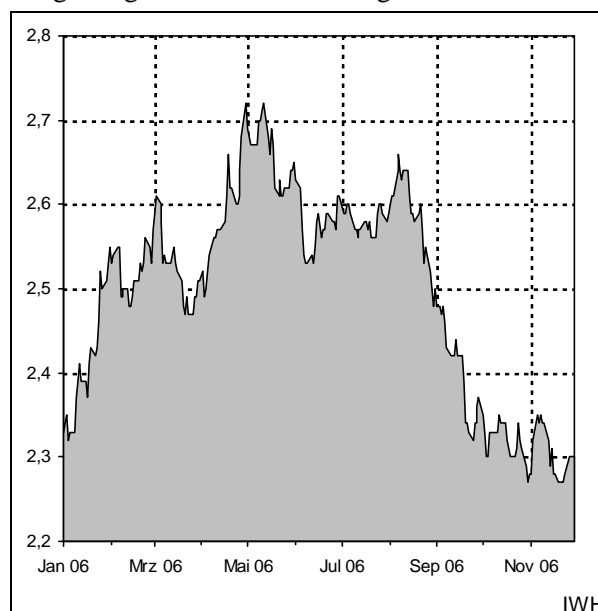
Die wirtschaftliche Dynamik in den USA hat im Laufe des Jahres 2006 deutlich an Schwung verloren. Vor allem vom privaten Wohnungsbau, der im Zuge der im Frühjahr deutlich gestiegenen Hypothekenzinsen teilweise mit zweistelligen Raten fiel, erhielt die Konjunktur kräftigen Gegenwind. Allerdings blieb ein in diesem Zusammenhang befürchteter Einbruch der Konsumausgaben aus, auch wenn sie merklich stiegen; der private Konsum expandierte mit Zuwachsraten von rund 2¾% aber stärker als die Gesamtwirtschaft. Vor allem die günstige Entwicklung der Einkommen und die weiterhin negative Sparquote stützten den privaten Verbrauch. Die Unternehmensinvestitionen gaben ein uneinheitliches Bild ab. Während die Ausgaben für Ausrüstungsgüter und Software an Dynamik verloren, war der gewerbliche Bau eine der Hauptstützen der Konjunktur – er expandierte bis zuletzt mit hohen zweistelligen Raten. Aber auch der Außenhandel konnte – für die USA an sich ungewöhnlich – zeitweise positiv zum Wachstum beitragen.

Im Zuge der merklichen Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität hat die Notenbank der USA im August ihre Politik der stetigen Zinserhöhungen beendet. Die Zielrate für Tagesgeld liegt nunmehr bei 5,25%. Während sich im späten Sommer aufgrund der Sorgen über anhaltend hohen Preisdruck noch die Meinung an den Finanzmärkten hielt, daß die Zentralbank im Herbst erneut die Zinsen anheben würde, so materialisierten

sich diese Ängste nicht; der inflationäre Druck nahm im Herbst dieses Jahres wieder ab. In Folge dessen gingen vor allem die langfristigen Zinsen wieder merklich zurück.

Angesichts der gesunkenen Inflationserwartungen und der generell geringeren konjunkturellen Dynamik ist damit zu rechnen, daß die Notenbank im Frühjahr erstmals seit Juni 2003 wieder die Zielrate für die Federal Funds Rate senken wird. Insgesamt wird sie wohl bis zum Sommer zwei Zinsschritte von jeweils 25 Basispunkten vornehmen. Insgesamt wird die Geldpolitik damit im Prognosezeitraum wieder leicht expansiv wirken.

Abbildung 1:
Langfristige Inflationserwartungen^a in den USA



^a Inflationserwartungen gemessen an der Differenz aus zehnjährigen Treasury Bonds und zehnjährigen TIPS (Treasury inflation protected securities).

Quellen: Board of Governors of the Federal Reserve System; Berechnungen des IWH.

Das Haushaltsdefizit im Jahr 2006 ist überraschend niedrig ausgefallen. Obwohl die Ausgaben kräftig ausgeweitet wurden, fiel die Defizitquote von rund 2,6% im Jahr 2005 auf 1,9% 2006, denn die Einnahmen aus der Körperschaft- und der Einkommensteuer stiegen deutlich, weil sich die Unternehmensgewinne unerwartet kräftig entwickelten. Für das kommende Jahr plant die Regierung, die Ausweitung der Ausgaben auf 4% zu begrenzen. Für sich genommen würde dies einen negativen Impuls für die Konjunktur bedeuten. Es ist jedoch fraglich, in welchem Umfang die Pläne der Regierung umgesetzt werden können, weil vor al-

lem die Ausgaben für das Gesundheitssystem wohl höher ausfallen werden als veranschlagt. Weil außerdem die Einnahmen konjunkturell bedingt schwächer zunehmen, wird das Bundesstaatliche Defizit im kommenden Jahr wieder leicht steigen. Der Fehlbetrag im Bundeshaushalt wird im Jahr 2007 bei rund 2¼% des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Alles in allem wird die Finanzpolitik im Prognosezeitraum in etwa neutral wirken.

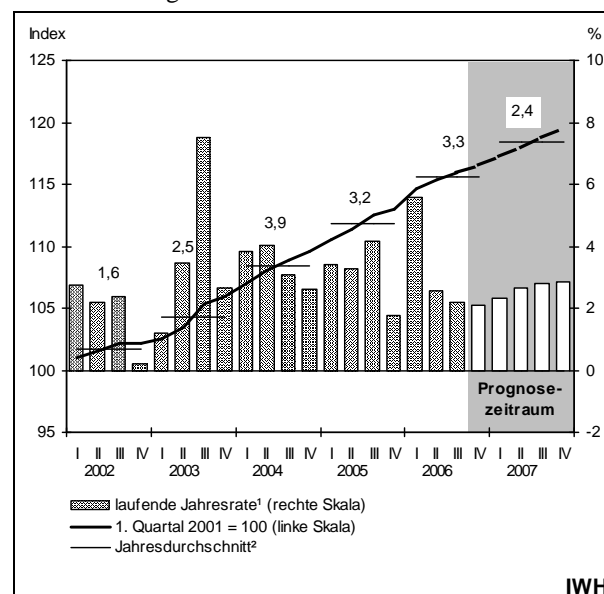
Es ist die Frage, ob es sich bei der aktuellen Situation um die erste Phase eines längeren Abschwungs, oder nur um eine Wachstumsdelle handelt, auf die im Lauf des Jahres 2007 wieder Wachstumsraten oberhalb der Potentialrate folgen werden. Denn es ist unklar, in welchem Umfang der Markt für Wohnimmobilien noch negative Impulse vor allem auf den Konsum aussenden wird. Auch wird die Sparquote nicht zuletzt aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus steigen. Zudem werden die Lohnsteigerungen wieder moderater ausfallen, da sich der bislang robuste Arbeitsmarkt abkühlen wird. Diese negativen Einflüsse werden dazu führen, daß der private Verbrauch während des gesamten Prognosezeitraums unterdurchschnittlich expandieren und somit die gesamte Binnennachfrage belastet wird. Es deutet jedoch einiges darauf hin, daß von monetärer Seite, nicht zuletzt aufgrund der erwarteten Zinssenkungen durch die Notenbank, wieder positive Impulse ausgehen werden, so daß sich die Entwicklung am Immobilienmarkt stabilisieren wird – schon jetzt haben die gesunkenen Hypothekenzinsen dazu geführt, daß die Neuanträge auf Hypotheken wieder zugenommen haben. Zwar werden auch die Unternehmensinvestitionen im Zuge der gesunkenen Absatzerwartungen an Dynamik verlieren, aber auch sie werden vom niedrigeren Zinsniveau profitieren. Unterstützung kommt auch von der jüngsten Abwertung des Dollar, welche die Exporte unterstützen wird und durch gestiegene Importpreise die Einfuhren hemmen dürfte. Die weiterhin kräftige Auslandsnachfrage und das leicht unterdurchschnittliche Wachstum in den USA – die USA zeichnen durch eine hohe Importelastizität aus – tragen dazu bei, daß der Importüberschuß gemessen am Bruttoinlandsprodukt nicht weiter steigen wird.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 2,4% expandieren, nach 3,3% im Jahr 2006. Im Prognosezeitraum wird sich das Leistungsbilanzdefizit in Relation zum Bruttoinlands-

produkt nicht weiter ausweiten, sondern leicht bis auf 6% sinken, was den Abwertungsdruck auf den US-Dollar an den Finanzmärkten senken dürfte.

Die Risiken dieser Prognose hängen zu einem großen Teil an der Entwicklung des Immobilienmarkts. Sollte der Abschwung dort erheblich kräftiger ausfallen als hier unterstellt, würde dies auch spürbare Konsequenzen für den privaten Konsum haben. Es wäre dann damit zu rechnen, daß die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftliche Aktivität in den USA deutlich weiter zurückgehen als hier unterstellt und die US-Notenbank die Leitzinsen um mehr als 50 Basispunkte senken würde.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- saisonbereinigter Verlauf -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2006: Prognose des IWH.

Aufschwung im Euroraum klingt 2007 ab

Im Herbst 2006 hat die Produktion im Euroraum schwächer zugelegt als in der ersten Jahreshälfte. Die Investitionen wurden nicht mehr so stark ausgeweitet, und der Nachfragezuwachs wurde stärker als zuvor aus Importen bedient. Der Aufschwung scheint aber nach wie vor intakt. Die Privaten sehen, gemessen an den Vertrauensindikatoren, mit immer noch wachsender Zuversicht in die nahe Zukunft. Zu Optimismus gibt es auch nach wie vor Anlaß: Die Unternehmen fahren weiterhin hohe Gewinne ein. Die Kosten für Fremdkapital sind

niedrig, die Eigenkapitalfinanzierung ist dank seit dem Sommer wieder stark gestiegener Aktienkurse günstig. Die Lohnkosten sind auch im Jahr 2006 nur moderat gestiegen. Die Haushalte können Zuversicht aus der spürbaren Verbesserung der Arbeitsmärkte schöpfen: Seit Anfang des Jahres ist die harmonisierte Arbeitslosenquote im Euroraum um einen halben Prozentpunkt gefallen.

Tabelle 1:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2005	2006	2007
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,2	3,3	2,4
Inländische Verwendung	3,3	3,3	2,4
Privater Konsum	3,5	3,1	2,7
Staatskonsum und -investitionen	0,9	2,1	2,1
Private Bruttoanlageinvestitionen	5,4	5,3	1,8
Außenbeitrag ^a	- 0,3	- 0,1	- 0,1
Exporte	6,8	8,6	6,2
Importe	6,1	6,4	4,8
Verbraucherpreise	2,3	2,7	2,5
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	5,1	4,6	4,9

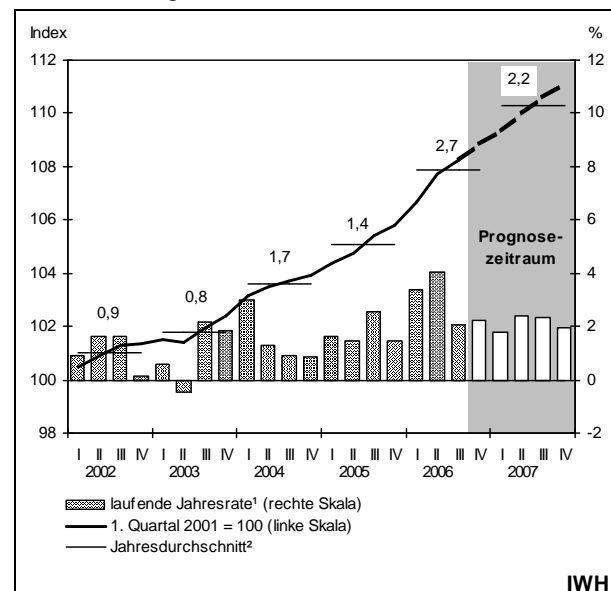
^a Wachstumsbeitrag.

Quellen: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab 2007: Prognose des IWH.

Im Jahr 2007 wird der Investitionsaufschwung seinen Höhepunkt schon überschritten haben. Die Nachfrage wird dann vor allem wegen höherer Konsumausgaben zunehmen, denn die Haushalte werden ihr Vorsichtssparen aufgrund der Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt ein wenig reduzieren, und die Löhne werden wieder etwas kräftiger steigen. Freilich werden einige wirtschaftspolitische Maßnahmen den Aufschwung dämpfen: Die EZB wird den Leitzins wohl noch etwas erhöhen; vor allem wirken aber die Steuererhöhungen in Deutschland und in Italien restriktiv. Dazu kommt, daß die jüngste Abwertung des Dollars und der an ihn angeschlossenen Währungen die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus dem Euroraum vermindert hat. Die Bedeutung des Dollarkurses für den Außenhandel der Euroraumländer ist zwar in den vergangenen Jahren eher zurückgegangen; Weltregionen außerhalb des Dollarraumes, etwa in

Mittel- und Osteuropa, haben an Bedeutung gewonnen. Aber die transatlantischen Finanzbeziehungen sind wichtiger geworden. Zum einen bedeutet ein schwächerer Dollar, daß europäische Anleger ihr Vermögen in den USA niedriger bewerten müssen. Zum anderen schmälert die konjunkturelle Verlangsamung in den USA in erheblichem Umfang die Gewinnerwartungen der dort tätigen multinationalen Unternehmen. Dies bedeutet, daß sich die Finanzierungsmöglichkeiten dieser Unternehmen verschlechtern, und daß über die unternehmensinternen finanziellen Verflechtungen letztlich auch europäische Produktionsstätten in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- saisonbereinigter Verlauf -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2006: Prognose des IWH.

Alles in allem wird die Wirtschaft im Euroraum im Jahr 2007 erheblich langsamer expandieren als in diesem Jahr. Mit 2,2% wird hier eine Rate prognostiziert, die in etwa dem langfristigen Trend entspricht. Die Hauptrisiken für die vorliegende Prognose der Konjunktur im Euroraum liegen wohl darin, daß es in den USA zu einem deutlichen Abschwung kommt, und daß die Konjunkturen in den USA und in Europa über Kapitalmärkte und Finanzverflechtungen noch stärker miteinander verbunden sind, als hier unterstellt wird.

Tabelle 2:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für
den Euroraum in den Jahren 2005 bis 2007

	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,7	2,2
Private Konsumausgaben	1,3	1,9	2,4
Staatskonsum	1,3	2,1	1,0
Anlageinvestitionen	2,5	4,9	3,6
Außenbeitrag ^a	-0,3	0,1	-0,1
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verbraucherpreise ^b	2,1	2,2	1,9
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^c	8,6	7,7	7,5

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab 2007: Prognose des IWH (Stand: Dezember 2006).

Konjunktur in Deutschland

Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Exporte und Investitionen der Unternehmen haben die Produktion im Jahr 2006 kräftig angetrieben. Das spürten vor allem die Industrie sowie erstmals seit 2000 die Bauwirtschaft. In der zweiten Jahreshälfte stimulierten auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Allerdings fand die politikinduzierte Konsumnachfrage, Achillesferse der Konjunktur seit Jahren, wenig Rückhalt in den laufenden Erwerbseinkommen. So wurde weniger als zuvor gespart.

An der Schnittstelle zwischen Beschäftigung und Einkommen liegt bisher der Schwachpunkt des Aufschwungs. Der sichtliche Beschäftigungszuwachs nach der bereits 2005 vollzogenen Wende am Arbeitsmarkt äußert sich bislang wenig in höheren Erwerbseinkommen. Das liegt zum Teil daran, daß für die Aufstockung der Beschäftigung, auch der sozialversicherungspflichtigen, nicht ausschließlich konjunkturelle Gründe und die Lohnzurückhaltung verantwortlich sind, sondern zu einem nicht geringen Teil Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik.

Der export- und investitionsgetragene Aufschwung der deutschen Wirtschaft wird sich im Jahr 2007 fortsetzen, wenngleich das Wachstumstempo – zumindest vorübergehend – deutlich nachlassen dürfte. Es ist vor allem die Finanzpolitik, die durch die kräftige Erhöhung der Umsatzsteuer zu einer Abkühlung des Aufschwungs beiträgt. Aber auch die Geldpolitik wird nach der jüngsten und der noch zu erwartenden Zinsanhebung durch die europäische Zentralbank nicht mehr expansiv wirken, auch wenn die monetären Rahmenbedingungen per saldo günstig bleiben. Während die Aufwertung des Euro die Exporte in den Dollar-Raum etwas beeinträchtigen dürfte, erleichtern gestiegene Aktienkurse und niedrige Kapitalmarktzinsen weiter die Finanzierung der Unternehmensaktivitäten.

Die Bremsspuren gehen von der Konsumzurückhaltung aus, die in den ersten Monaten des Jahres aus dem Kaufkraftentzug durch die restriktive Finanzpolitik folgen wird. Hinzu kommt die Nachfragerücke, die von den in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufen aufgerissen wird. So ist mit einem Rückgang der Konsumausgaben der privaten Haushalte zu rechnen. Er dürfte auch auf die Inlandsnachfrage insgesamt durchschlagen, da ein Ausgleich durch die weiterhin kräftige Investitionskonjunktur schon aufgrund des geringen Gewichts der Unternehmensinvestitionen in der Inlandsnachfrage unwahrscheinlich ist. So hängt der weitere Verlauf der Konjunktur nicht unerheblich von der Weltwirtschaft ab.

Die deutsche Wirtschaft wird daher weniger Impulse aus dem Ausland erhalten, und der Exportanstieg dürfte sich verlangsamen. Weil zugleich die Importe noch langsamer zunehmen werden, wird die Außenwirtschaft die gesamtwirtschaftliche Aktivität kräftig befördern. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2007 um 1,4% steigen. Dabei trägt der Schwung der Konjunktur aus dem Vorjahr bis in das neue Jahr hinein. Reichlich ein Prozentpunkt des Zuwachses wird aus dem bis zuletzt kräftigen Anstieg im Jahr 2006 „mitgenommen“. Der Beschäftigungsanstieg setzt sich abgeschwächt fort, die registrierte Arbeitslosigkeit sinkt auf 4,36 Millionen Personen im Jahresdurchschnitt.

Kasten 1:

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der US-Dollar-Kurs des Euro beträgt im Jahr 2007 rund 1,30.
- Die Europäische Zentralbank hebt im Frühjahr 2007 den maßgeblichen Leitzins auf 3,75% an. Dieses Zinsniveau wird bis ins Jahr 2008 hinein gehalten.
- Der Welthandel expandiert im Jahr 2007 mit 6½%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im Jahr 2007 bei rund 60 US-Dollar pro Barrel.
- In Deutschland steigen die Tarifverdienste je Stunde im Jahresdurchschnitt um 1,8%.
- Die Finanzpolitik setzt ihre Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung um.
- Wegen der Mehrwertsteueranhebung ziehen die privaten Haushalte Käufe von hochwertigen Konsumgütern in Höhe von 3,25 Mrd. Euro und den Bau von Eigenheimen in Höhe von ¾ Mrd. Euro auf das Jahr 2006 vor.

Impulse vom Export lassen nach, bleiben aber kräftig

Im Jahr 2006 waren die deutschen Ausfuhren durch die hohe konjunkturelle Dynamik in der Weltwirtschaft geprägt. Einen weiteren Beitrag zur Belebung der Exporte leistete auch die vorangegangene Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Zudem legten die Dienstleistungsexporte wegen der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland kräftig zu.

Wie bereits in den Jahren zuvor konnten auch diesmal überdurchschnittliche Exportzuwächse in die neuen EU-Mitgliedstaaten und nach Rußland erzielt werden. Zudem faßten die Lieferungen nach China wieder Tritt. Der Anteil der neuen EU-Mitgliedstaaten am deutschen Gesamtexport liegt mittlerweile höher als der Anteil der USA. Doch auch in die alten EU-Mitgliedstaaten und in die NAFTA-Länder konnten noch erhebliche Steigerungsraten erzielt werden. Insgesamt wuchsen die Exporte im Jahr 2006 mit einer zweistelligen Rate.

Für 2007 ist nochmals mit einer überdurchschnittlichen Zunahme der Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder, einschließlich Rußland, deren Bedarf an Investitionsgütern nach wie vor hoch ist, zu rechnen. Hier dürfte auch der

EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens stimulierend wirken. Auch der Zuwachs bei den Ausfuhren in den asiatisch-pazifischen Raum wird 2007 wieder über dem Durchschnitt liegen. Etwas verhaltener wird, aufgrund des dort abgeschwächten Konjunkturverlaufs und der Dollarschwäche, die Exportentwicklung in die USA ausfallen. Gleiches gilt für die Ausfuhren in die arabischen Länder, die ihre Nachfrage aufgrund sinkender Einnahmen infolge der Entspannung an den Rohstoffmärkten nicht mehr so massiv ausweiten werden wie in der Vergangenheit.

Tabelle 3:
Deutsche Exporte nach Regionen

- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

Ländergruppe	Veränderung gg. Vorzeitraum in %			
	2005	2006		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	7,2	6,2	1,1	2,6
Neue EU-Länder ¹	9,8	5,6	4,3	5,3
NAFTA ²	8,3	4,8	-3,7	4,3
USA	7,1	5,0	-3,7	4,7
Ostasien ³	2,9	6,3	-1,1	6,4
China	1,6	9,5	3,1	3,9
Übrige Welt	11,1	6,9	1,7	6,9
Rußland	15,5	11,3	4,4	10,9
Insgesamt	7,6	5,3	0,7	3,8
	<i>Export in % des BIP in Deutschland</i>			
	2005	2006		
		1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.
EU 25	22,2	24,0	24,0	24,4
Neue EU-Länder ^a	3,0	3,4	3,5	3,7
NAFTA ^b	3,6	3,9	3,8	3,9
USA	3,1	3,4	3,2	3,3
Ostasien ^c	2,8	3,0	3,0	3,1
China	0,9	1,1	1,1	1,1
Übrige Welt	6,4	6,9	7,0	7,4
Rußland	0,8	0,9	0,9	1,0
Insgesamt	35,0	37,8	37,7	38,7

^a Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern. – ^b USA, Kanada, Mexiko. – ^c Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Insgesamt wird die Auslandsnachfrage nach deutschen Gütern rege bleiben, doch wird sie im Zuge der geringeren weltwirtschaftlichen Dynamik nicht mehr so kräftig erhöht. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert sich zwar gegenüber

den Ländern des Euroraums. Dies kann jedoch die dämpfenden Effekte, die sich aus der Aufwertung des Euro sowie aus den sich abschwächenden Nachfrageimpulsen aus dem Ausland ergeben, nicht wett machen, so daß sich 2007 der Exportanstieg insgesamt auf rund 7% verringern wird.

Bei den Importen fielen die Zuwächse im Jahre 2006, zumindest bei den Waren, noch stärker aus als bei den Exporten. Getrieben wurde diese Entwicklung einerseits durch den Anstieg der Nachfrage nach importierten Vorleistungen im Zusammenhang mit den Exportsteigerungen. Jedoch sind die Einfuhren nicht nur bei Vorleistungsgütern und Energie stark gestiegen, sondern ebenso bei Konsum- und Investitionsgütern. So sind wohl die Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung in nicht unerheblichem Maße auch über Importe realisiert worden. Beispielsweise waren die Importzuwächse etwa bei Rundfunk- und Fernsehgeräten, Fahrzeugen, Erzeugnissen der Feinmechanik und Optik besonders hoch aus. Infolge dieser Entwicklungen fiel der Wachstumsbeitrag des Außenhandels 2006 im Vergleich zu den Vorjahren eher gering.

Tabelle 4:
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2005	2006	2007
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Exporte	6,9	11,2	7,1
Importe	6,5	11,0	5,5
	<i>in % zum BIP</i>		
Exporte	43,0	46,7	49,3
Importe	38,3	41,5	43,2
	<i>Außenbeitrag</i>		
Mrd. Euro	101,2	114,1	136,6
Wachstumsbeitrag ^a	0,4	0,6	1,0

^a Veränderung des Außenbeitrages gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Ähnlich wie beim Export werden sich auch beim Import die Zuwächse im kommenden Jahr verringern. Allerdings wird die Abschwächung bei den Einfuhren deutlicher ausfallen. Wesentliche Ursachen sind, neben dem Abflauen der Nachfrage nach importierten Vorleistungen aufgrund geringerer Exportzuwächse, Nachfrageausfälle als Gegen-

bewegung zu den Vorzieheffekten und Kaufkraftverluste infolge der Mehrwertsteuererhöhung. Die Importe werden im Jahr 2007 um 5,5% zunehmen. Damit wird sich der Wachstumsbeitrag des Außenhandels 2007 wieder deutlich erhöhen.

Die Entwicklung der Einfuhrpreise wird noch längere Zeit von der Entspannung an den Rohstoffmärkten geprägt sein. Da auch der Wechselkurs des Euro, vor allem gegenüber dem US-Dollar, auf hohem Niveau verharren wird, werden im Prognosezeitraum die Importpreise deutlich langsamer zunehmen als in der Vergangenheit. Die Terms-of-Trade werden sich dadurch 2007 erstmals seit 2003 wieder leicht verbessern.

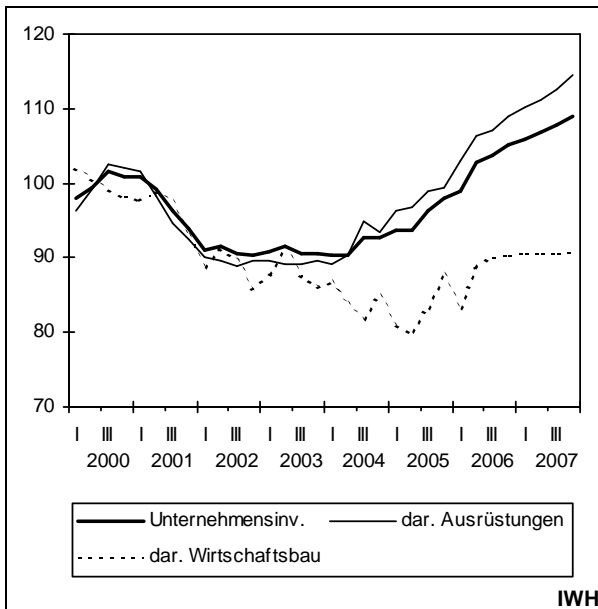
Unternehmensinvestitionen: hohe Dynamik schwächt sich ab

Die Investitionen der Unternehmen haben zum Jahresende das im Sommer 2006 erreichte hohe Niveau nochmals übertroffen. Die rege ausländische und heimische Nachfrage hat die Unternehmen zum weiteren Kapazitätsaufbau veranlaßt, der neben kräftigen Ausweitungen bei Ausrüstungen und sonstige Anlagen erstmalig seit zehn Jahren auch den Wirtschaftsbau erfaßt hat. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die erleichterten Abschreibungsbedingungen und die niedrigen Kapitalmarktzinsen, die auch im Prognosejahr 2007 grundsätzlich anregend wirken dürften.

Für eine Fortsetzung des Expansionskurses im Prognosezeitraum sprechen außerdem der hohe Auslastungsgrad der Wirtschaft und das günstige Investitionsumfeld: Zwar schwächen sich die von der Welt ausgehenden Nachfrageimpulse im Prognosezeitraum ab, die aus der starken Wettbewerbsposition der Unternehmen im Ausland resultierenden Absatzerwartungen dürften aber weiterhin investitionsanregend wirken. So bleiben die Ertragsperspektiven bei gesunkenem Ölpreis und rückläufigen Lohnstückkosten gut. Auch stellen sich angesichts der gestiegenen Aktienkurse und der in den zurückliegenden Jahren einbehaltenen Gewinne die Spielräume für die Finanzierung der Sachkapitalbildung gerade bei den exportorientierten Unternehmen günstig dar. Von den Erweiterungsabsichten dieser Unternehmen gehen sowohl Impulse auf die Anschaffung von Ausrüstungsgütern und sonstiger Anlagen als auch auf den Wirtschaftsbau aus. Darauf deuten zum einen die Auftragseingänge der Investitionsgüterprodu-

zenten aus dem Inland, aber auch die Baugenehmigungen für Industriebauten hin.

Abbildung 4:
Reale Unternehmensinvestitionen in Deutschland
- Kettenindex, saison- und arbeitstäglich bereinigt -



Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Tabelle 5:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gg. Vorjahr in % -

	2005	2006	2007
Ausrüstungsinvestitionen	6,1	8,0	5,0
Sonstige Anlagen	4,7	4,9	3,5
Bauinvestitionen	-3,6	2,9	0,7
Wohnbauten	-4,0	2,7	-0,4
Nichtwohnbauten	-3,0	3,1	2,2
Gewerbliche Bauten	-1,8	4,0	2,5
Öffentliche Bauten	-6,0	0,5	1,5
Anlageinvestitionen insgesamt	0,8	5,1	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Alles in allem dürften die Unternehmen im Jahr 2007 ihre Produktionsanlagen aber nicht mehr ganz so kräftig ausweiten. Insbesondere die inlandsorientierten Unternehmen haben ihre Investitionsabsichten wegen der Unsicherheit über die Konsumneigung wieder etwas zurückgeschraubt,²

² Siehe Wirtschaftslage und Erwartungen, Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern Herbst 2006, Berlin, S.25 ff.

auch wenn die notwendige Ersatzbeschaffung angesichts der günstigen Abschreibungsbedingungen hier auf der Tagesordnung bleiben wird. Im gewerblichen Bau wird das größte Segment – die Bürobauten – vorerst nur wenig an der Erholung beteiligt sein. Potential zur Aufwärtsbewegung haben nur einige Großstädte, während die Mittelstädte teilweise mit hohen Leerständen zu kämpfen haben.³ Insgesamt steigen die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2007 um 4,6% nach 7,7% im Jahr davor.

Bauinvestitionen: nach Hoch wieder Dämpfer

Im Jahr 2006 sind die Bauinvestitionen erstmalig nach sechs Jahren Rückgang wieder gestiegen. Ausschlaggebend war zum einen die allgemeine konjunkturelle Besserung, die vor allem dem gewerblichen Bau Anregungen verlieh. Zum anderen spielten Sonderfaktoren im Wohnungsbau eine Rolle. So hat der Wegfall der Eigenheimzulage bis in das Sommerhalbjahr hinein noch zu vermehrten Neubaumaßnahmen geführt. Außerdem ist es wegen der bevorstehenden Erhöhung der Mehrwertsteuer zu vorgezogenen Baumaßnahmen im Wohnungsbestand gekommen. Auch im öffentlichen Bereich sind die Bauaktivitäten mit den zunehmenden Steuereinnahmen über das Vorjahresniveau hinausgegangen, wenn auch nur gering. Angesichts der gestiegenen Nachfrage und damit verbundener Engpässe bei Baumaterialien hat sich die Bautätigkeit in allen Bausparten stark verteuert.

Im Jahr 2007 schwächt sich die Aufwärtsbewegung der Bauinvestitionen wieder ab. Entscheidend dürfte das Fehlen der in das Jahr 2006 vorgezogenen Bauaktivitäten im Wohnungsbau sein. Dies kann durch die konjunkturellen Bestimmungsfaktoren auch nicht ausgeglichen werden. Die Erholung am Arbeitsmarkt dürfte sich zwar in einer größeren Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit bei den privaten Haushalten niederschlagen, dem stehen aber der Kaufkraftentzug durch die Mehrwertsteuererhöhung und die tendenziell anziehenden Hypothekenzinsen entgegen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden im Jahr 2007 weiter steigen. Die Entspannung bei den Steuereinnahmen verleiht Bund, Ländern und Gemeinden wieder etwas größere Spielräume für die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen. Alles

³ Vgl. BulwienGesa AG quarterly, Ausgabe Mai 2006, S. 4.

in allem nehmen die Bauinvestitionen im Jahr 2007 um 0,7% zu, nach 2,9% im Jahr zuvor.

Konsumbelebung nur vorübergehend

Nach drei Jahren Stagnation stieg der private Konsum im Jahr 2006 real um 1%. Insbesondere die in der zweiten Jahreshälfte gewachsene Bereitschaft der Verbraucher, Käufe von langlebigen und teuren Konsumgütern in Verbindung mit der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 in das zweite Halbjahr 2006 vorzuziehen, hat den privaten Konsum belebt. Die Neuzulassungen von PKW nahmen nach einem leichten Anstieg im September und Oktober im November mit 18% sprunghaft zu. Im Einzelhandel insgesamt ist diese Belebung noch nicht sichtbar. Lediglich der Facheinzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten und Baubedarf erhöhte sich deutlich. Die vorgezogenen Käufe⁴ gingen im Wesentlichen zu Lasten der Ersparnis und die Sparquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 10,4%.

Tabelle 6:
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte^a in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2005	2006	2007
Verfügbare Einkommen, nominal	1,7	2,0	2,3
<i>darunter:</i>			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	-0,3	0,5	2,0
Monetäre Sozialleistungen	0,2	0,2	0,0
Selbständigen-, Vermögenseink.	6,2	6,1	4,3
Sparen	3,3	0,5	1,4
Private Konsumausgaben, nominal	1,4	2,4	2,5
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	-0,3	1,3	1,9
Sparquote (in %)	10,6	10,4	10,3
Preisindex des privaten Konsums	1,3	1,4	2,1
Private Konsumausgaben, real	0,1	1,0	0,3

^a Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Die Einkommen haben dem Konsum keinen spürbaren Impuls gegeben. Obwohl sich die Beschäftigungslage deutlich verbessert hat, stiegen die Nettoverdienste insgesamt nur leicht. Noch immer

⁴ In die Prognose wurden Käufe von Konsumgütern im Wert von 3,25 Mrd. Euro als Vorzieheffekt eingestellt.

entwickeln sich die Effektivlöhne schwächer als die Tariflöhne, da sich die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten weiter erhöhte. Die monetären Sozialleistungen nahmen infolge der Nullrunde bei den Renten, des Rückgangs der Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I und der Verschärfungen beim Bezug von Arbeitslosengeld II kaum zu. Erhöhend auf die Transferzahlungen wirkte die Anhebung des Regelsatzes des Arbeitslosengeldes II im Osten auf Westniveau (von 331 Euro auf 345 Euro) zur Mitte des Jahres. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen expandierten aufgrund der konjunkturellen Besserung wiederum kräftig. Alles in allem nahmen die verfügbaren Einkommen mit 2% etwas stärker als im Vorjahr zu, real verblieb ein leichter Anstieg von 0,3%.

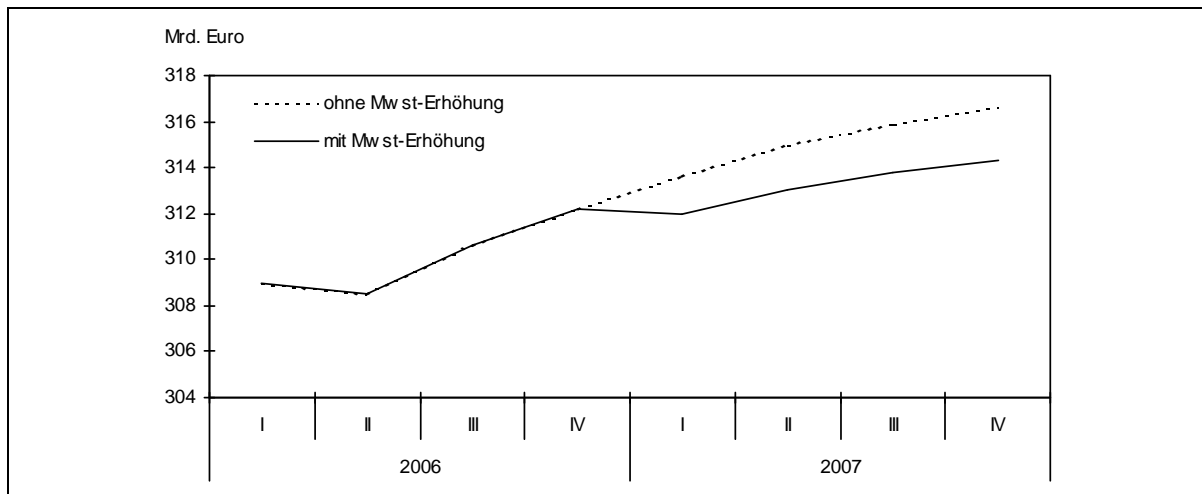
Der private Konsum belebte sich aber nur vorübergehend. Zu Beginn des Jahres 2007 kommt es zu einem Einbruch der Nachfrage. Hier entzieht der Preisanstieg infolge der Mehrwertsteuererhöhung den privaten Haushalten Kaufkraft (vgl. Kasten 2), und es fehlen die in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufe (vgl. Kasten 3).

Später legt aber der private Konsum konjunkturell bedingt etwas zu. Im Durchschnitt erhöht sich der private Konsum 2007 real mit 0,3% nur leicht. Die Bruttoverdienste steigen infolge der anhaltenden Zunahme der Beschäftigung und der höheren Dynamik der Tarif- und Effektivlöhne etwas rascher als im Vorjahr. Auch die Nettoverdienste expandieren wegen der per saldo sinkenden Beitragssätze zu den Sozialversicherungen⁵ stärker als im Vorjahr. Die monetären Sozialleistungen stagnieren. Einerseits gibt es wiederum eine Nullrunde bei den Renten, und die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld I geht weiter zurück, andererseits wird das einkommensabhängige Elterngeld neu eingeführt. Zusätzlich belastet der weitere Abbau von Steuervergünstigungen⁶ sowie die Einführung einer „Reichensteuer“ die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

⁵ Unterstellt ist die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5% auf 4,2% sowie die Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,5% auf 19,9% und des Beitragssatzes zur Krankenversicherung um 0,4 Prozentpunkte.

⁶ Darunter fallen die Kürzung der Entfernungspauschale, die Reduzierung des Sparerfreibetrages und die Einschränkung der Absetzbarkeit der Aufwendungen für das häusliche Arbeitszimmer.

Reale Konsumausgaben der Privaten



Quelle: Statistisches Bundesamt, ab 4. Quartal 2006 Prognosen anhand der Konsumfunktion.

Als Resultat der Mehrwertsteuererhöhung entwickeln sich die Konsumausgaben dauerhaft auf einem niedrigeren Pfad. Eine Preiserhöhung um einen Prozentpunkt senkt das Realeinkommen um ebenfalls einen Prozentpunkt. Die Konsumfunktion zeigt, daß ein einprozentiger Einkommensentzug unmittelbar zu 0,55% niedrigeren Konsumausgaben führt. Langfristig liegt das Konsumniveau – in gleichem Maße wie das verfügbare Einkommen – um 1% niedriger. Nicht berücksichtigt wurden bei dieser Betrachtung Vorzieheffekte, die den Konsum im Jahr 2007 zusätzlich dämpfen werden (siehe dazu Kasten 3).

^a Vgl. Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2006. – ^b Geschätzt wurde diese Spezifikation mit der zweistufigen Methode der kleinsten Quadrate, da ein Hausman-Test die Konsistenz einer gewöhnlichen Kleinst-Quadrate-Schätzung verworfen hat. Als Instrumente wurden fünf Verzögerungen der Änderung des verfügbaren Einkommens, die Veränderung der aktuellen Arbeitslosenquote und die Veränderung des aktuellen und verzögerten nominalen Zins verwendet. Im Gegensatz zur gewöhnlichen Kleinst-Quadrate-Schätzung ist hier der reale Zins nicht signifikant. Außerdem hat auch das Vermögen für den beobachteten Zeitraum keine Erklärungskraft (die insignifikanten Variablen wurden bei der folgenden Schätzung weggelassen).

Mehrwertsteuererhöhung treibt Teuerung

Im Jahr 2006 stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 1,7%. Bis August war die Teuerung vom überdurchschnittlichen Anstieg der Preise für Haushaltsenergie und für Kraftstoffe geprägt, danach kam es zu einer deutlichen Abschwächung. Dabei spielte auch ein Basiseffekt eine Rolle. Denn im September 2005 erreichten Mineralölzeugnisse Höchststände u. a. infolge von Kapazitätsengpässen wegen der Zerstörungen durch den Wirbelsturm „Katrina“.⁷ Ohne Einrechnung der Energiekomponenten lag die Kernrate der Inflation im Jahr 2006 nur bei rund 0,8%. Auch scheinen die im Vorfeld der anstehenden Umsatzsteuererhöhung erwarteten Preisanhebungen auf breiter Front ausbleiben. Der Preismo-

nitor des Statistischen Bundesamtes signalisiert lediglich bei einigen wenigen Gütergruppen wie Drogerieartikeln, Bekleidung und Erzeugnissen für die regelmäßige Instandhaltung der Wohnung merkliche Anstiege. Von Seiten der Tariflohnentwicklung ging nach wie vor kein Preisdruck aus, die Lohnstückkosten waren wiederum rückläufig.

Im Jahr 2007 werden die Verbraucherpreise um 2,2% steigen und damit deutlich höher liegen als im Jahr zuvor. Zwar dürften bei einem angenommen unveränderten Ölpreis von 60 Dollar je Barrel und einem konstanten Wechselkurs die Energiepreise nicht weiter zunehmen, aber die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwert- und der Versicherungssteuer um drei Prozentpunkte führt Anfang 2007 zu einem kräftigen Preisauftrieb. Bei voller Überwälzung der Steuererhöhung könnte das Verbraucherpreisniveau rein rechnerisch um 1,4 Prozentpunkte steigen.

⁷ Hinzu kam, daß sich die letzte Tabaksteuererhöhung zum 1. September 2005 nach einem Jahr nicht mehr auf die Teuerungsrate auswirkt.

Kasten 3: Vorzieheffekte bei den privaten Konsumausgaben

Neben dem reinen Kaufkraftverlust im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung (siehe Kasten 2) ist mit weiteren Verhaltensanpassungen der Konsumenten zu rechnen.^a So ist zu erwarten, daß die Konsumenten aufgrund der antizipierten Preiserhöhung insbesondere bei preiselastischen Gütern einen Teil ihrer eigentlich für 2007 geplanten Konsumausgaben noch im Jahr 2006 tätigen.

Besonders langlebige Güter wie etwa die Gütergruppe der Einrichtungsgegenstände und Geräte für den Haushalt sind hier betroffen. Für andere Konsumgüter, wie z. B. Nahrungsmittel oder Wohnen, bleibt der Mehrwertsteuersatz konstant (bzw. von der Mehrwertsteuer befreit) oder sind keine wesentlichen Vorzieheffekte zu erwarten, da hier der Erwerb unmittelbar mit dem Konsum verbunden ist. Das gilt für viele Dienstleistungen.

Nachfolgende Schätzung zeigt auf, wie stark die Konsumnachfrage von Einrichtungsgegenständen und Geräten für den Haushalt auf Preis- bzw. Einkommensänderungen reagiert (t-Werte in Klammern):

$$\Delta \ln c_t^e = 0.682 \Delta \ln y_t - 1.141 \Delta \ln p_t^e$$

$$(4.1) \quad (-2.2)$$

Stützzeitraum: 1994q1 – 2006q3; R²adj.: 0.286 ; DW: 2.19

c^e bezeichnet dabei den realen Konsum von Einrichtungsgegenständen und Haushaltsgeräten und p^e ist der Preisindex dieser Güterklasse. Δ steht für die Differenz gegenüber dem Vorquartal und t für die Zeit. Die Preiselastizität ist kleiner als -1, d.h. eine 1-prozentige Preiserhöhung in dieser Güterklasse reduziert den Konsum um mehr als ein Prozent (bei gegebenem Realeinkommen).

Geht man davon aus, daß die Haushalte zukünftige Preisänderungen schon heute antizipieren, dann greift obige Gleichung zu kurz, denn auch mit dieser Spezifikation können keine Vorzieheffekte identifiziert werden. Deshalb wird nun unterstellt, daß der Konsum langlebiger Güter nicht nur vom aktuellen Preis abhängt, sondern auch vom erwarteten Preis in der Folgeperiode. Damit ergibt sich eine Spezifikation mit rationalen Erwartungen über Preisänderungen in der Folgeperiode (die Werte in Klammern sind t-Werte auf Basis von Newey-West-Standardfehlern):^b

$$\Delta \ln c_t^e = 0.765 \Delta \ln y_t + 0.130 \Delta \ln y_{t-1} - 1.836 \Delta \ln p_t^e + 1.818 E_t \Delta \ln p_{t+1}^e$$

$$(13.15) \quad (2.31) \quad (-2.79) \quad (2.51)$$

Stützzeitraum: 1975q1 – 2006q2; R²adj.: 0.51; DW: 2.64

Demnach erhöht eine erwartete 1-prozentige Preiserhöhung den heutigen Konsum von Einrichtungsgegenständen und Haushaltsgeräten um 1,82 %, während eine aktuelle Preiserhöhung den Konsum um 1,84 % reduziert (bei konstantem Einkommen). Bei einem Gesamtvolumen von knapp unter 22 Mrd. Euro im 3. Quartal 2006 kann man den Vorzieheffekt bei dieser Gütergruppe mit 400 Mio. Euro ansetzen, und der Fehlbetrag im ersten Quartal 2007 wäre demnach ähnlich hoch. Hinzu käme noch die Senkung der Realeinkommen durch den allgemeinen Preisauftrieb im ersten Quartal 2007 im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung (siehe Kasten 2), der auch für diese Konsumgütergruppe dämpfend wirkt. Bei verwandten Gütergruppen wie Verkehr und Nachrichtenübermittlung oder Schuhe und Bekleidung konnten in der Vergangenheit keine signifikanten Preisreaktionen nachgewiesen werden. Trotzdem ist zu erwarten, daß es bei einer Mehrwertsteuererhöhung von drei Prozentpunkten auch bei anderen Gütern Vorzieheffekte gibt.

^a Aufgrund der historischen Einmaligkeit dieser Steuererhöhung ist es hier besonders schwer die Vorzieheffekte genau zu quantifizieren, da der Mehrwertsteuersatz bisher um lediglich einen Prozentpunkt erhöht wurde. – ^b Für die Variable E_t Δ ln p_{t+1}^e wurde die Realisation Δ p_{t+1}^e verwendet und mit Variablen aus Zeitpunkt t und früher instrumentiert. Als Instrumente wurden verzögerte Werte der Preisveränderung, die Outputlücke in t und t-1, ein Shiftdummy für Unterschiede zwischen West- und Gesamtdeutschland sowie eine Dummyvariable verwendet, die den Wert 1 annimmt, wenn in der Folgeperiode der Mehrwertsteuersatz angehoben wird. Um möglichst viele antizipierte Mehrwertsteuererhöhungen mit abbilden zu können, wird bei dieser Spezifikation der Stützzeitraum bis 1975 erweitert.

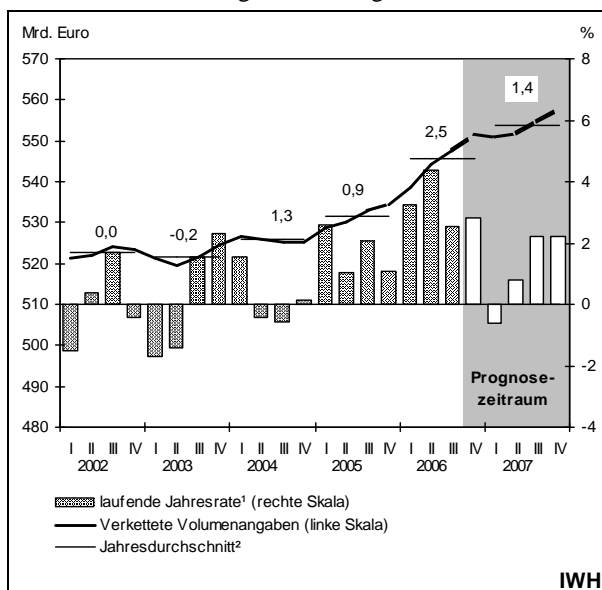
Dabei ist berücksichtigt, daß nur rund 53% der Produkte von der Erhöhung der Mehrwertsteuer betroffen sind, nämlich diejenigen, die dem vollen Steuersatz unterliegen. In der Prognose ist unterstellt, daß die Mehrwertsteueranhebung aufgrund des Wettbewerbsdrucks im ersten Jahr nur zu zwei Dritteln an die Verbraucher weitergegeben wird. Ein Teil geht zu Lasten der Unternehmensge-

winne. Leicht dämpfend auf den Preisanstieg wirkt indirekt zudem die Verringerung der Beiträge zur Sozialversicherung (per saldo um ca. 1,5 Prozentpunkte). Auch sind im Prognosezeitraum die Lohnstückkosten weiter rückläufig. Es wird hier nicht damit gerechnet, daß die Steuererhöhung eine Preis-Lohn-Spirale auslöst.

Produktion verliert Anfang 2007 vorübergehend an Fahrt

Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich im vierten Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,7% erhöht. Der größte Wachstumsbeitrag kam von der Industrie, die sowohl von der Auslands- als auch von der Inlandsnachfrage angeregt wurde. Besonders die Produktion von Investitions- und Vorleistungsgütern expandierte kräftig. Das Baugewerbe konnte im vierten Quartal – bedingt durch die milde Witterung – weiter seine Produktion ausdehnen. Von der günstigen Entwicklung im Produzierenden Gewerbe profitierten auch die Unternehmensdienstleister sowie die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In der Konsumgüterproduktion, im Handel und im Baugewerbe schlugen Vorzieheffekte zu Buche (vgl. Kasten 4). Sie konzentrierten sich auf Westdeutschland, da die ostdeutsche Industrie mit ca. 7% nur einen kleinen Beitrag zur gesamtdeutschen Produktion in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen beisteuert.

Abbildung 5:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab 4. Quartal 2006: Prognose des IWH.

Im Jahr 2007 wird der konjunkturelle Aufschwung durch die fiskalischen Maßnahmen gedämpft. Die in das Jahr 2006 vorgezogenen Käufe mindern zu Beginn des Jahres 2007 die Produktion. Hinzu kommt, daß die Weltkonjunktur etwas an Dynamik verliert. Die gesamtwirtschaftliche Pro-

duktion bleibt jedoch aufwärts gerichtet. Die Unternehmen weiten ihre Investitionstätigkeit nochmals aus. Zudem werden in der zweiten Jahreshälfte infolge der Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt die Konsumausgaben wieder steigen. Hinzu kommt, daß die Lager, die vor Jahresfrist abgebaut wurden, wieder aufgefüllt werden.

Die Industrieproduktion wird erneut kräftig ausgedehnt, wovon die unternehmensnahen Dienstleister profitieren. Die Bauproduktion wird – insbesondere im Wirtschaftsbaue und im öffentlichen Bau – leicht zunehmen. Die Wertschöpfung im Einzelhandel und bei den konsumnahen Dienstleistern wird infolge der fiskalischen Maßnahmen bestenfalls stagnieren. Insgesamt ist für das Jahr 2007 ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 1,4% (arbeitstäglich bereinigt: 1,5%) zu erwarten. Abstrahiert von dem Auf und Ab infolge der Sonderentwicklungen in den Jahren 2006 und 2007, beträgt das Wachstum in diesem Zeitraum im Jahresdurchschnitt rund 2%.

Erholung am Arbeitsmarkt setzt sich 2007 verlangsamt fort

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich infolge des konjunkturellen Aufschwungs und begünstigt durch die moderate Lohnentwicklung in den vergangenen Jahren deutlich gebessert. Die wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren – insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen, der registrierten Arbeitslosen und der offenen Stellen – weisen eine günstige Entwicklung auf. Die Erwerbstätigkeit nahm im Jahr 2006 um ca. 230 000 Personen bzw. 0,6% zu (vgl. Tabelle 7). Bemerkenswert ist hierbei, daß nach mehrjährigem Rückgang die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit Anfang des Jahres kräftig angestiegen ist (vgl. Abbildung 6). Sie übertraf den Vorjahresstand um 110 000 Personen (vgl. Tabelle 8).⁸ Der Anstieg gilt in besonderem Maße für die nicht geförderten Beschäftigungsverhältnisse.

⁸ Zu den geförderten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen: Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen, Beschäftigte in Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschüsse bei Neugründungen oder bei Vertretung, Arbeitsentgeltzuschüsse bei beruflicher Weiterbildung, Einstiegsgehalt für abhängige Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten (Entgeltvariante). Die Zahl der Teilnehmer in diesen Maßnahmen insgesamt betrug im November 2006 ca. 215 000 Personen.

Kasten 4:

Wirkung der Vorzieheffekte infolge der Mehrwertsteueranhebung 2007 auf Produktion und Beschäftigung in Deutschland im Jahr 2006

Die Mehrwertsteuererhöhung zu Beginn des Jahres 2007 veranlaßt die Verbraucher, Käufe von langlebigen und hochwertigen Konsumgütern vorzuziehen, um den davon ausgelösten Preisanstieg zu umgehen. In der Prognose wird davon ausgegangen, daß die privaten Haushalte an den Waren, die mit dem normalen Mehrwertsteuersatz von 16% belegt sind, ca. 1% zusätzlich kaufen werden. Dies entspricht einem Umsatz von 3,25 Mrd. Euro. Dabei handelt es sich insbesondere um Personenkraftwagen, Personalcomputer und Zubehör, Geräte der Unterhaltungselektronik, Möbel und Haushaltsgeräte, Textilien, Bekleidung und Lederwaren sowie Uhren und Schmuck. Nur ein Teil dieser Käufe regt jedoch die inländische Produktion an, da sich die Konsumenten zwischen dem Kauf einheimischer und importierter Güter entscheiden können. Letztere berühren den inländischen Produktionsprozeß nur im Bereich Handel und Verkehr sowie Finanzierung und Versicherung.

Es gilt:

$$C = C_d + C_m \text{ und } C_d = (1-m) \cdot C, \text{ mit } m = C_m : C.$$

Hier bezeichnen:

C – vorgezogene Käufe, davon C_d - Güter aus einheimischer Produktion und C_m – Importe,
m – Importquote.

Angenommen, für die Gegenstände der vorgezogenen Käufe gilt die zuletzt beobachtete durchschnittliche Importneigung der Konsumenten (vgl. Tabelle), so verbleiben von den zusätzlichen Konsumausgaben in Höhe von 3,25 Mrd. Euro nur 1,8 Mrd. Euro für im Inland produzierte Güter. Hinzu kommen vorgezogene Aktivitäten im Wohnungsbau, der nach der Abschaffung der Eigenheimzulage ein zwischenzeitliches Hoch erlebt. Der Importanteil ist hier vernachlässigbar gering, so daß die annahmegemäß vorgezogenen Bauleistungen in Höhe von $\frac{3}{4}$ Mrd. Euro vollständig von einheimischen Produzenten bereits 2006 abgearbeitet werden. Damit belaufen sich die produktionswirksam vorgezogenen Aktivitäten zusammengenommen auf 2,5 Mrd. Euro, das sind rund 0,1% des Bruttoinlandsprodukts.

Die vorgezogenen Aktivitäten regen über die Vorleistungsverflechtungen nicht nur die Endprodukthersteller an, sondern auch deren Zulieferbereiche. Berechnungen mit dem statischen offenen Input-Output-Modell zeigen, daß die Vorzieheffekte der im Inland produzierten Güter einen gesamtwirtschaftlichen Anstieg des Outputs von insgesamt ca. 4,5 Mrd. Euro induzieren. Den größten Beitrag erbringen die Produktionsbereiche Baugewerbe, Möbel, Kraftwagen, Handel sowie die unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Hier gilt:

$$X_d = (I - A_d)^{-1} \cdot C_d, \text{ wo } X_d \text{ – den produktionswirksamen Output in Deutschland und } (I - A_d)^{-1} \text{ – die Leontief-Inverse der inländischen Inputkoeffizienten bezeichnen.}$$

Der Beschäftigungseffekt der Vorzieheffekte beträgt knapp 40 000 Personen bzw. 0,1%. Bei den Warenproduzenten dürfte die zusätzliche Produktion kaum mit Neueinstellungen verbunden sein, da die notwendige Mehrarbeit über Arbeitszeitkonten ausgeglichen werden kann. Hingegen werden vor allem im Handel zusätzliche Beschäftigte benötigt, wobei es sich vorwiegend um befristete Beschäftigungsverhältnisse handelt. Insgesamt sind die Produktions- und Beschäftigungseffekte der vorgezogenen Käufe gering.

Tabelle:

Anteil der Importe an den Konsumgüterkäufen der privaten Haushalte ausgewählter Erzeugnisgruppen in Deutschland im Jahr 2002,
- in %

Textilien	67,7
Bekleidung	58,5
Leder und Lederwaren	78,8
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	52,1
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	51,3
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte, u. ä.	70,8
Medizinische Geräte, meß- und regelungstechnische Erzeugnisse, optische Erzeugnisse, Uhren	37,7
Kraftwagen und Kraftwagenteile	29,8
Sonstige Fahrzeuge	46,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren u. ä.	35,2

Quelle: Statistisches Bundesamt: Input-Output-Tabelle 2002.

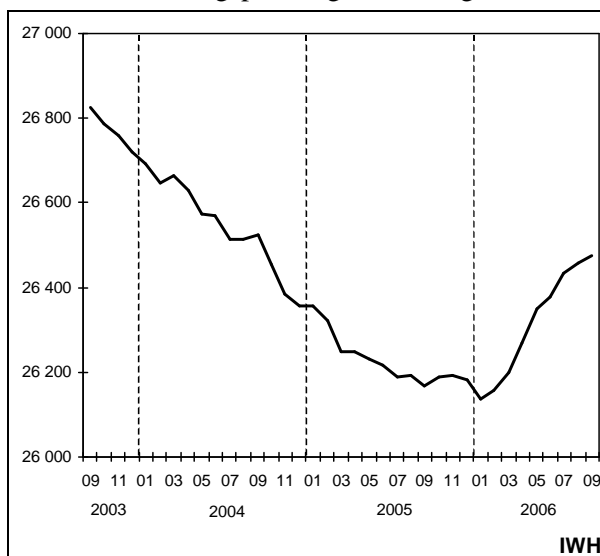
Tabelle 7:
Eckdaten des Arbeitsmarktes in Deutschland
- Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen -

	Deutschland			Westdeutschland (mit Berlin)			Ostdeutschland (ohne Berlin)		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Erwerbstätige (Inland)	38 823	39 054	39 203	33 224	33 444	33 628	5 599	5 610	5 575
darunter:									
ABM-Beschäftigte ^a	62	45	45	19	12	12	43	33	33
Zusatzjobs	225	294	335	133	190	220	92	104	115
Berufliche Vollzeitweiterbildung	100	90	95	70	60	70	30	30	25
Vorruheständler ^b	395	395	400	259	260	270	136	135	130
Arbeitslose ^c	4 861	4 515	4 362	3 566	3 320	3 192	1 295	1 195	1 170
Arbeitslosenquote ^d (in %)	11,1	10,4	10,0	9,7	9,0	8,7	18,8	17,6	17,3

^a Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungs- und traditionellen Struktur Anpassungsmaßnahmen, Struktur Anpassungsmaßnahmen SAM OfW und Beschäftigungsschaffenden Infrastrukturmaßnahmen. – ^b Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: November 2004); Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2006); Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH; 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

Abbildung 6:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Der Beschäftigungsaufbau konzentrierte sich vor allem auf die unternehmensnahen Dienstleister und hier – nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit – vor allem auf Zeitarbeitsfirmen.⁹ Auch die Zahl der Selbständigen nahm zu. Die staatlich subventionierten Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) trugen zur günstigen Entwicklung der Erwerbstätigkeit bei.

⁹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, November 2006, S. 3.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm 2006 um fast 350 000 Personen ab. Dies ist in erster Linie der gestiegenen Arbeitsnachfrage geschuldet. Auch der Rückgang der Zahl der Erwerbsfähigen und damit des Arbeitsangebots hatte erheblichen Einfluß.

Ein Indiz für die Besserung auf dem Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen. Der Bestand an nicht geförderten offenen Stellen stieg von Januar bis November von ca. 282 000 auf 402 000 Vakanzen.¹⁰ Außer in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe kam es in allen Wirtschaftszweigen zu einem Aufbau des Stellenbestandes.

Im Jahr 2007 wird sich Besserung auf dem Arbeitsmarkt infolge des schwächeren Produktionswachstums und trotz anhaltend sinkender Lohnstückkosten zunächst nicht fortsetzen. Die Arbeitnehmer, die zur Bewältigung der Nachfragespitzen in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 eingestellt wurden, dürften größtenteils aus den Unternehmen ausscheiden. Dabei handelt es sich zu einem großen Teil um ausschließlich geringfügig Beschäftigte bzw. zeitlich befristete Arbeitnehmer im Handel.

¹⁰ Hierbei handelt es sich nur um die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Vakanzen. Die tatsächliche Zahl an offenen Stellen ist wesentlich höher, vgl. hierzu KETTNER, A.; SPITZNAGEL, E.: Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot: kräftiger Anstieg nach jahrelangem Rückgang. IAB-Kurzbericht Nr. 06/2006.

Tabelle 8:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in
Deutschland 2005 und 2006

	2005	2006	Veränderung
	1000 Personen		
Arbeitnehmer (Inland)	34 467	34 671	204
SV-pflichtig Beschäftigte	26 237	26 356	119
geförderte ^a	158	167	9
nicht geförderte	26 079	26 189	110
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 771	4 779	8
1-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung) ^b	217	277	60
Sonstige	3 242	3 259	17
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	4 356	4 383	27
Geförderte Selbständige	323	315	-8
Ich-AG	234	222	-12
Überbrückungsgeld	83	67	-16
Einstiegs geld (Variante: Selbständigkeit)	6	19	13
Gründungszuschuß		7	7
Nicht geförderte Selbständige	4 033	4 068	35
Erwerbstätige (Inland)	38 823	39 054	231
<i>Darunter:</i>			
Geförderte Erwerbstätige	674	752	78
<i>Nachrichtlich:</i>	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	55 804	56 096	292

^a Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuß bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegs geld für abhängig Beschäftigte; 1-Euro-Job (Entgeltvariante). – ^b Einschließlich Arbeitsgelegenheiten nach der Initiative für Arbeitslosenhilfeempfänger (Restabwicklung).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2006); Berechnungen des IWH. 2006: Schätzung, 2007: Prognose des IWH.

In den Bereichen, in denen langlebige Konsumgüter produziert werden, dürfte das Beschäftigungsniveau gehalten werden, da dort die aufgelaufenen Mehrarbeitsstunden aus dem Vorjahr in der Phase der „Flaute“ abgebaut werden können. Im weiteren Verlauf des Jahres werden mit zunehmender Expansion der Produktion zusätzliche Arbeitnehmer eingestellt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird gegenüber dem Vorjahr um ca. 90 000 Personen steigen, und im Jahresdurchschnitt werden im Ver-

gleich zum Vorjahreswert ca. 40 000 Arbeitsangelegenheiten zusätzlich angeboten. Mit dem dann erreichten Bestand von 360 000 Arbeitsgelegenheiten dürfte die Obergrenze erreicht sein, da dann das von der Regierung anvisierte Ziel erreicht sein wird. Insgesamt dürfte im Jahresdurchschnitt 2007 die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahr um ca. 150 000 zunehmen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt im Jahr 2007 erneut. Alles in allem wird sich in der zweiten Jahreshälfte die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder bessern.

Die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zu Beginn des Jahres 2007 trägt zu einer Verringerung der Lohnnebenkosten bei. Allerdings wird diese Beitragssenkung teilweise durch die Erhöhung der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung kompensiert. Per saldo werden dadurch die Arbeitskosten um etwa 1,5% sinken. Insgesamt dürfte die Senkung der Lohnnebenkosten vor allem vorhandene Arbeitsplätze sichern helfen.

Staatsfinanzen: Sanierung über die Einnahmen

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich im Jahr 2006 merklich entspannt. Das gesamtstaatliche Defizit fällt mit 49 Mrd. Euro deutlich niedriger aus als noch zu Beginn des Jahres erwartet wurde. Die Defizitquote wird mit 2,1 Prozent erstmals seit 2001 wieder unterhalb der vom Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzten Drei-Prozent-Grenze liegen. Maßgeblich dafür war in diesem Jahr der konjunkturelle Aufschwung. Er führte zu steigenden Einnahmen bei der Mehrwertsteuer und den gewinnabhängigen Steuern (Körperschaft-, Gewerbe- und veranlagte Einkommensteuer). Der Einnahmewachstum bei der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen fiel schwächer aus, weil die Beschäftigungsentwicklung nur langsam dem Konjunkturaufschwung folgt. Insgesamt sind die Staatseinnahmen im Jahr 2006 um 3,1 Prozent gewachsen.

Die Ausgaben trugen nur wenig zur Senkung des Staatsdefizits bei. Zwar gingen die Personalausgaben leicht zurück, etwa durch die Kürzung von Sonderzahlungen an Staatsbedienstete. Allerdings sorgte die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen (vor allem bei den Arzneimittelausgaben) und beim Arbeitslosengeld II im ersten Halbjahr noch für einen stärkeren Ausgabenanstieg in

diesen Bereichen. Dieser wird durch inzwischen in Kraft getretene Spargesetze gebremst. Mit dem Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz, das seit 1. Mai 2006 gilt, ist die Kostenentwicklung bei den Arzneimitteln inzwischen wieder deutlich abgeflacht. Die im Laufe des Jahres 2006 in Kraft getretenen Gesetze zum Arbeitslosengeld II bremsten die Ausgaben für Langzeitarbeitslose. Insgesamt betrug der Ausgabenanstieg 0,6 Prozent.

Auch im Jahr 2007 wird das Defizit der öffentlichen Haushalte weiter sinken – auf 29 Mrd. Euro oder 1,2 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Auch diese Entwicklung ist den Einnahmen des Budgets zuzuschreiben. So sorgt allein die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer für eine Zunahme der Staatseinnahmen um über 22 Mrd. Euro. Weitere Einnahmenerhöhungen ergeben sich aus der Streichung von Steuervergünstigungen. Die verbesserte Lage am Arbeitsmarkt führt zu einem steigenden Aufkommen an Lohnsteuer. Die weiterhin günstige wirtschaftliche Entwicklung sorgt auch bei den gewinnabhängigen Steuern zu einem Zuwachs. Mindereinnahmen ergeben sich vor allem durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

Die Staatsausgaben insgesamt wachsen um 0,7%, und damit weiterhin verhalten. Aufgrund der günstigen Einnahmenentwicklung bei der Gewerbesteuer werden die Gemeinden allerdings wieder mehr Mittel für Investitionen bereitstellen können.

Neue Finanzierungsengepässe entstehen bei der gesetzlichen Krankenversicherung: Der Bundeszuschuß aus der Tabaksteuer wird 2007 um 1,7 Mrd. Euro gesenkt, die Mehrwertsteuererhöhung belastet auch die Krankenkassen, außerdem sollen die Kassen bis zur Einführung des neuen Gesundheitsfonds Anfang 2009 sämtliche Schulden abbauen. Um dies bewältigen zu können, werden im Jahr 2007 Erhöhungen der Beitragssätze von etwa 0,4 Prozentpunkten unvermeidlich sein. Insgesamt werden die Staatseinnahmen 2007 um 2,7 Prozent wachsen.

Ostdeutschland

Der konjunkturelle Aufschwung hat auch die Wirtschaft der neuen Bundesländer erfaßt. Die starke Nachfrage aus dem Ausland sowie die schwungvolle deutschlandweite Investitionskonjunktur haben vor allem die Industrieproduktion angeregt.

Der Einfluß der Vorzieheffekte im Konsumgüterbereich dürfte dagegen gering ausgefallen sein; denn der Anteil der Produzenten langlebiger, preisintensiver Konsumgüter ist in den neuen Ländern mit 7% verhältnismäßig klein. Unterstützt wurde der kraftvolle Auftrieb durch die im Vergleich zu Anbietern aus dem früheren Bundesgebiet bestehenden Kostenvorteile. Die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe liegen reichlich 10% unter dem Stand in den alten Bundesländern. Dieser Vorteil wird auch nicht durch die etwas höhere Vorleistungsquote aufgehoben.

Das Baugewerbe hat seine Talfahrt unterbrochen. Insbesondere hat es von Großprojekten in der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft, zum Teil aber auch von den Sonderentwicklungen im Wohnungsbau profitiert. Von dort gingen Impulse auf den Bereich Steine und Erden aus. Vom Aufschwung im Produzierenden Gewerbe wurden die unternehmensnahen Dienstleister sowie der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung stimuliert. Schließlich hat das Gastgewerbe im Sommerhalbjahr, wenn auch regional differenziert, von der Austragung der Fußballweltmeisterschaft profitiert. Der Handel ist angesichts der geringen Entwicklung der Kaufkraft in den neuen Bundesländern nur schwach in Schwung gekommen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts blieb mit 2% etwas hinter dem in den alten Bundesländern zurück. Im Jahr 2007 wird sich die Expansion fortsetzen. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Verlangsamung des Aufschwungs dürfte sich das Tempo allerdings abschwächen. Der Nachfrageausfall beim Konsum wird nicht nur direkt, sondern vor allem indirekt über die engen Vorleistungsverflechtungen mit westdeutschen Produzenten zu spüren sein. Der größte Wachstumsbeitrag kommt erneut vom Verarbeitenden Gewerbe. Die Bauproduktion wird nach dem Abklingen der Sonderentwicklungen wieder sinken. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1% steigen.

Mit der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2006 nicht weiter verschlechtert.¹¹ Die Zahl der Erwerbstätigen nahm gegenüber dem Vorjahr sogar geringfügig um ca. 10 000 bzw. 0,2% zu,

¹¹ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.: Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Leichte Besserung der Arbeitsmarktlage, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2006, S. 353-355.

und die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse stabilisierten sich. Das Arbeitsvolumen stieg allerdings nur um 0,1%. Dies spricht dafür, daß Vollzeitarbeitsplätze durch Teilzeit- oder ausschließlich geringfügig Beschäftigte ersetzt wurden.

Beschäftigungszuwächse gab es insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, das nach wie vor kräftig expandiert. Vom Zuwachs der Industrieproduktion profitierten auch die unternehmensnahen Dienstleister, die zusätzliche Arbeitskräfte einstellten. Ausschlaggebend für den Beschäftigungsaufbau war insgesamt die konjunkturelle Entwicklung. Die Arbeitsmarktpolitik hatte daran wenig Anteil. Die Zahl der geförderten Beschäftigungsverhältnisse verharrte auf dem Niveau vom Vorjahr und betrug im Durchschnitt des Jahres etwa 260 000. Etwa 5% aller Arbeitsplätze in Ostdeutschland werden staatlich gefördert (Westdeutschland: 1,4%).

Im Jahr 2007 wird sich die an sich schon schwierige Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt erneut verschlechtern. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte wieder sinken, die Produktivität kräftiger als die Produktion steigen. Einfluß auf das Ausmaß des Rückgangs der Beschäftigung werden allerdings auch die Lohnabschlüsse haben. Werden die Vorteile bei den Arbeitskosten gegenüber der Konkurrenz beispielsweise durch Schritte zur Angleichung der Löhne in den neuen Bundesländern an das Westniveau aufgezehrt, ist mit Personalabbau oder erneuter Verschärfung der Tarifflucht zu rechnen.

Dennoch wird sich die registrierte Arbeitslosigkeit – wie bereits in den Vorjahren – weiter verringern, da das Arbeitsangebot aufgrund der demographischen Entwicklung erneut kräftig sinkt. Die Arbeitslosenquote wird doppelt so hoch bleiben wie in den alten Bundesländern. Die gespaltene Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzt sich fort.

Zur Wirtschaftspolitik

Finanzpolitischer Kurs widersprüchlich

Der Rückgang des staatlichen Budgetdefizits ist gegenüber den Vorjahren ein Fortschritt. Freilich ist trotz wirtschaftlichen Aufschwungs der Budgetsaldo negativ: Es wird kein ausgeglichener Haushalt erreicht und die Staatsschulden steigen

nach wie vor. Die Anstrengungen zur Sanierung der Staatsfinanzen dürfen deshalb nicht nachlassen. Der derzeitige Weg ist jedoch problematisch. Die Sanierung der Staatsfinanzen erfolgt zur Zeit überwiegend über die Einnahmen des Staates, zum einen durch den konjunkturellen Aufschwung, zum anderen über die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dagegen ist der Sinn vieler Staatsausgaben äußerst fraglich, so daß eine Sanierung über Ausgabenkürzungen der bessere Ansatz wäre.

So bleibt der Subventionsabbau hinter den Möglichkeiten zurück. Subventionen verhindern in vielen Fällen effiziente Marktergebnisse, ohne damit allgemein verfolgte verteilungspolitische Ziele zu erreichen. Vielmehr spiegeln sie eher den Einfluß gut organisierter Interessengruppen auf die Politik wider. Der Abbau von Subventionen ist deshalb nicht nur als Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen zu verstehen, sondern steigert auch die Effizienz der Märkte und entspricht oft auch verteilungspolitischen Normen. Einsparmöglichkeiten bestehen zum Beispiel bei den Steinkohle-Subventionen, der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit und den Ausnahmetatbeständen bei der Ökosteuer für energieintensive Betriebe.

Mit der Unternehmensteuerreform 2008 verfolgt die Bundesregierung insbesondere das Ziel, den Standort Deutschland für Investitionen attraktiver zu machen. Dabei ist beabsichtigt, die Unternehmen um netto 5 Mrd. Euro zu entlasten. Bei Kapitalgesellschaften soll die Steuerbelastung von einbehaltenen Gewinnen von derzeit über 38 Prozent auf unter 30 Prozent sinken. Einbehaltene Gewinne von Personengesellschaften sollen in Zukunft nicht höher besteuert werden als bei Kapitalgesellschaften, wovon vorwiegend große Personengesellschaften profitieren. Für ausgeschüttete Gewinne ist ab 1. Januar 2009 zusätzlich eine neue Abgeltungssteuer von 25 Prozent geplant, mit der die Besteuerung nach dem derzeitigen Halbeinkünfteverfahren ersetzt werden soll. Um den versteckten Gewinntransfer in das steuergünstigere Ausland zu verhindern, sollen in Zukunft Zinsaufwendungen, die den Betrag von 1 Mio. Euro übersteigen, nur noch zu maximal 30 Prozent des Gewinns als Kosten abzugsfähig sein (Zinsschranke). Dies soll bestehende Regelungen zur Begrenzung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung ersetzen. Die Zinsschranke ist aufgrund des hohen Freibetrags nur für sehr große Unternehmen relevant.

Keinen Fortschritt stellt die geplante Unternehmensteuerreform in Hinblick auf die Entscheidungsneutralität dar. Während einbehaltene Gewinne nur unter die Gewerbe- und Körperschaftsteuer fallen und gezahlte Zinsen normalerweise nur mit der Abgeltungssteuer belastet werden, werden auf ausgeschüttete Gewinne alle diese Steuern erhoben. Es bleibt somit bei der steuerlichen Bevorzugung der Finanzierung durch Kredite und durch reinvestierte Gewinne, während Eigenkapitalgeber in Bezug auf ihre Gewinnausschüttung benachteiligt werden.

Die Bundesregierung strebt grundsätzlich danach, die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme weniger durch lohnabhängige Beiträge und mehr durch Steuern sicherzustellen. Dieses Ziel ist sinnvoll, weil dadurch die soziale Sicherung vom Umfang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung unabhängiger wird und die Abgabenbelastung der Beschäftigung von Arbeitskräften gesenkt wird. Außerdem gelten nach Berechnungen des Sachverständigenrats ohnehin von den jährlichen Leistungen der Sozialversicherung über 130 Mrd. Euro als versicherungsfremd. In diesem Umfang finanzieren die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und ihre Arbeitgeber allein Leistungen, die eigentlich von der Gesellschaft insgesamt zu tragen wären. Sinnvoll wäre es, zumindest diese versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln aufzubringen. Im Jahr 2006 beteiligt sich der Staat allerdings nur mit 59,1 Mrd. Euro an diesen Kosten.

Die Umfinanzierung hin zu Steuern wird allerdings von der Bundesregierung widersprüchlich betrieben. Bei der Arbeitslosenversicherung wird der Beitragssatz um 2,3 Prozentpunkte gesenkt, was teilweise durch einen erhöhten Steuerzuschuß aus der Mehrwertsteuererhöhung gegenfinanziert wird. Hier werden also Sozialversicherungsbeiträge durch Steuern substituiert. Bei der Kranken- und der Rentenversicherung geschieht jedoch das Gegenteil: In der gesetzlichen Krankenversicherung wird im Jahr 2007 der Steuerzuschuß zunächst gesenkt, bevor er dann ab 2009 wieder erhöht werden soll. Für 2007 wird mit einer Erhöhung der Beitragssätze um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte gerechnet. Bei der Rentenversicherung wird der Steuerzuschuß ab 2007 um pauschal 340 Mio. Euro jährlich gemindert, und der Bund zahlt für Langzeitarbeitslose weniger Beiträge ein, wodurch er 2 Mrd. Euro jährlich einsparen möchte.

Dem steht die Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrags um 0,4 Prozentpunkte gegenüber. Per saldo werden 2007 die Beitragssätze zur Sozialversicherung um voraussichtlich 1,5 Prozentpunkte gesenkt.

Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird nun um 2,3 Prozentpunkte gesenkt, nachdem zunächst nur eine Senkung um 2 Prozentpunkte vorgesehen war. Hintergrund ist die aktuell günstige Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit, die zur Diskussion über eine weitergehende Beitragssenkung führte. Dem gegenüber ist es jedoch falsch, eine allein konjunkturelle Verbesserung der Finanzlage der Bundesagentur zu Beitragssenkungen zu nutzen. Ziel sollte stattdessen sein, den Beitragssatz über den Konjunkturzyklus konstant zu halten, damit die Beitragsgestaltung im Konjunkturverlauf nicht prozyklisch wirkt. Die Beitragssenkung sollte auf den Umfang beschränkt werden, in dem sie durch den zusätzlichen Steuerzuschuß, durch Einsparungen in der Verwaltung und die Reduzierung von langfristig angelegten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gegenfinanziert wird. Konjunkturell bedingte Überschüsse sollten eher zum Aufbau einer Rücklage für künftige Krisenzeiten genutzt werden.

Beschäftigungsneutrale Lohnpolitik fortsetzen

Die Achillesferse des aktuellen Aufschwungs in Deutschland bleibt der Konsum der privaten Haushalte. Zwar hat er in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 infolge vorgezogener Käufe zur Umgehung des Preisanstiegs nach der Mehrwertsteueranhebung angezogen. Allerdings blieb insbesondere die Entwicklung der realen Erwerbseinkommen dahinter zurück, und die privaten Haushalte sparten weniger. Es stellt sich die Frage, welche Entwicklung der Löhne die Konsumnachfrage begünstigen kann.

Im Jahr 2007 steht eine neue Runde der Lohnverhandlungen an. Im Vorfeld sind hohe Lohnforderungen laut geworden. Vor dem Hintergrund der konjunkturell guten Lage und der gestiegenen Produktivität der Unternehmen hat sich in der Tat der Verteilungsspielraum erhöht (vgl. Tabelle 9). Insofern sind Lohnzuwächse wirtschaftlich vertretbar, zumal die Produktivität nicht aufgrund von Entlassungen gestiegen ist. Im Gegenteil, es wurde Beschäftigung aufgebaut. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit sollte jedoch die Lohnpoli-

tik mindestens beschäftigungsneutral bleiben. Geht man von einem trendmäßigen Wachstum der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde von 1,2% aus, und veranschlagt die Inflationsrate, bereinigt um den Mehrwertsteuereffekt und die Erhöhung der administrierten Preise, mit 1%, sollten die Tariflöhne im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um etwa 2% steigen. Allerdings sollten die Lohnzuwächse differieren zwischen dauerhaften und einmaligen Zahlungen. Letztere sollten in Abhängigkeit von der Ertragslage der Unternehmen zeitlich begrenzt werden. Die Tarifabschlüsse sollten auch die differenzierten Knappheitsrelation bei den Fachkräften in Rechnung stellen. Eine beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik unterstützt den Konsum auch, weil das Vorsorgesparen eingedämmt wird.

Tabelle 9:
Entwicklung der Löhne und Lohnstückkosten in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2004	2005	2006	2007
Tariflöhne ^a	1,2	1,0	1,1	1,8
Effektivlöhne ^a	0,8	0,7	0,3	1,3
Arbeitskosten ^b	0,6	0,3	0,3	0,8
Lohnstückkosten ^c	-0,1	-1,0	-1,6	-0,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Produktivität ^d	0,7	1,3	1,9	1,2

^a Angaben je Arbeitsstunde (Inland). – ^b Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland). – ^c Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde. – ^d reale Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2006: Prognose des IWH.

Nachsteuern in der Arbeitsmarktpolitik

Die neuesten Reformen beim Arbeitslosengeld II (Hartz IV) folgen ausschließlich fiskalischen Überlegungen. Sie sind die Reaktion auf den unerwarteten Kostenanstieg seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II. Insgesamt sollen 4 Mrd. Euro eingespart werden, davon allein 2 Mrd. Euro durch die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags für die Arbeitslosengeld II-Empfänger. Die restlichen 2 Mrd. Euro sollen durch stärkere Kontrollen und einen weiter erhöhten Druck zur Arbeitsaufnahme eingespart werden. Die Frage, ob der Kostenanstieg aber tatsächlich aus der Zunahme von Lei-

stungsmißbrauch entstand oder ob er stattdessen Ergebnis der Offenlegung von bislang verdeckter Armut ist, wurde überhaupt nicht geprüft. Immerhin führte der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung für die Zeit vor der Hartz IV-Reform Armut in Deutschland auch auf die Nicht-Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Berechtigte zurück. Ursachen waren v.a. Stigmatisierungsängste und Informationsdefizite.¹² Dies lag darin begründet, daß Anspruchsberechtigte sich für die Beantragung schämten, über die Bedingungen der Leistungsgewährung falsch informiert waren oder an bürokratischen Hürden scheiterten. Auch die jetzt eingeführten Verschärfungen und zusätzlichen Kontrollen werden voraussichtlich nicht die Treffsicherheit dieser Sozialleistung erhöhen. Notwendig wäre es, bei Langzeitarbeitslosen weniger auf bürokratische Kontrollen zu setzen und stattdessen z. B. die finanziellen Leistungsanreize etwa durch verbesserte Hinzuverdienstregelungen zu stärken.¹³

Geldpolitische Strategie im Kreuzfeuer

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Dezember 2006 den maßgeblichen Leitzins auf 3,5% erhöht und so die Refinanzierung der Banken binnen Jahresfrist um 1,5 Prozentpunkte verteuert. Die kurzfristigen Realzinsen haben sich dem konjunkturalneutralen Niveau weiter angenähert, während die realen Kapitalmarktzinsen noch immer ausgesprochen niedrig sind; beide betragen derzeit etwa 2%.¹⁴

¹² Vgl. WILDE, J.; KUBIS, A.: Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe. Eine empirische Analyse des Unerwarteten, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 225/3 (2005), S. 347-373. – BUNDESREGIERUNG: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005).

¹³ Darüber hinaus ist auch das System zur Betreuung der Arbeitslosengeld II-Empfänger verbesserungsfähig, vgl. dazu WILDE, J.: Ein Konzept der Anreizethik zur Weiterentwicklung der sozialen Grundsicherung nach Hartz IV. IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2006.

¹⁴ Der kurzfristige Realzins wird hier anhand der Differenz zwischen Dreimonatszinssatz und Kernrate des HVPI (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) gemessen. Der langfristige Realzins hingegen wird bestimmt, indem von den Renditen öffentlicher Anleihen von Staaten des Euroraumes mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren die erwartete langfristige Inflationsrate abgezogen wird. Letztere ergibt sich aus den Expertenbefragungen der EZB.

Die Gefahren für die Preisniveaustabilität sind aber mit den erfolgten Zinserhöhungen noch nicht unbedingt gebannt. So ist die Liquiditätsausstattung im Euroraum immer noch sehr großzügig, zumal sie verstärkt in Verbindung mit einer kräftigen Kreditexpansion steht. Zudem trägt die aus Sicht der EZB robuste und auf eine breitere Basis gestellte realwirtschaftliche Entwicklung dazu bei, daß Lohnabschlüsse höher als bislang erwartet ausfallen könnten.

Zunehmend bedeutsam scheint jedoch, ob die EZB die Inflationserwartungen im Euroraum auch weiterhin auf dem bisherigen Niveau stabilisieren kann. Denn fest verankerte Inflationserwartungen sind eine notwendige Voraussetzung dafür, daß eine Zentralbank in einem wirtschaftlichen Aufschwung einen neutralen Kurs steuern kann. Hier zeichnen sich jedoch derzeit aus unterschiedlichen Richtungen Risiken für eine weiterhin erfolgreiche Steuerung der Inflationserwartungen ab. Zum einen ist die Debatte über die Rolle von monetären Aggregaten in der geldpolitischen Strategie neu aufgelegt worden. Zum anderen wurde in jüngster Zeit die Unabhängigkeit der EZB in Frage gestellt.

Auslöser für die neuerliche Kritik an der monetären Säule der EZB-Strategie war, daß selbst in Kreisen der EZB die Bedeutung monetärer Aggregate für die praktische Umsetzung der Geldpolitik im Euroraum in Frage gestellt zu sein scheint.¹⁵ Unabhängig von der Frage, ob die monetäre Analyse die ihr offiziell zugeschriebene herausragende Stellung wirklich verdient, birgt die Verunsicherung über die tatsächlichen Beweggründe für geldpolitische Entscheidungen der EZB eine Gefahr für die Preisniveaustabilität.¹⁶ Es ist für den Erfolg gerade einer relativ jungen Institution wie der EZB unabdingbar, daß Vorhersagen über ihr Verhalten aus den kodifizierten Regeln abgeleitet werden können. Denn nur dann ist es für die Geldpolitik möglich, die Inflationserwartungen trotz temporärer Schwankungen in der tatsächlichen Teuerung auf einem Niveau zu verankern, das mit Preisstabilität vereinbar ist. Bislang wurde dieses Ziel mit

dem bestehenden Regelwerk offenbar erreicht. Diskussionen über Änderungen der Strategie hingegen verunsichern Unternehmen, Haushalte und Finanzmärkte und stellen so eine Gefahr für die Stabilität von Inflationserwartungen dar. Auch könnte die Erwartungsbildung der Privaten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigt werden, wenn die tatsächlichen Beweggründe der geldpolitischen Entscheidungen verborgen blieben. Denn nur wer sich auf die offizielle Darlegung der Gründe für geldpolitische Entscheidungen verlassen kann, ist in der Lage, die eigenen Kenntnisse über die konjunkturelle Entwicklung um die Analysen der Zentralbank zu erweitern. Deshalb sollte die EZB unmißverständlich deutlich machen, daß sie sich in bewährter Weise an das von ihr selbst auferlegte Regelwerk hält, solange dieses nicht in Widerspruch mit dem Ziel der Wahrung der Preisniveaustabilität steht.

Die andere Gefahr für stabile Inflationserwartungen kommt von Seiten der Politik. Forderungen nach einer Koordination der Wirtschaftspolitiken im Euroraum oder gar nach einer Mitverantwortlichkeit der Geldpolitik für das Erreichen anderer Ziele, wie der kurzfristigen Förderung von Beschäftigung, stehen nicht grundlos im Widerspruch mit den Statuten der Europäischen Geldpolitik. Auch Versuche von Vertretern europäischer Regierungen, die mit einer Rückführung der monetären Expansion möglicherweise verbundenen Mehrkosten für die öffentlichen Haushalte in die öffentliche Debatte einzuführen, stellen einen Eingriff in die Unabhängigkeit der EZB dar. In gleicher Weise kritisch sind Vorschläge anzusehen, nach denen die Verantwortlichkeit für die Währungsrelationen aus den Händen der Zentralbank genommen werden soll; dies bedeutete für die EZB letztlich eine erhebliche Einschränkung beim zielgerechten Einsatz ihrer geldpolitischen Instrumente. Das vorrangige Ziel der Geldpolitik muß weiterhin die Wahrung der Preisniveaustabilität im Euroraum bleiben, und nur soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisniveaustabilität möglich ist, kann die EZB einen Beitrag zur Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik leisten. Wenn die Geldpolitik in den Verdacht geraten würde, Versäumnisse oder Fehler bei der Finanz-, Lohn- oder Arbeitsmarktpolitik zu finanzieren, dann bestünden ernst zu nehmende Gefahren für die Glaubwürdigkeit der EZB und die Inflationserwartungen zögen an. Um diesen zu begegnen,

¹⁵ Vgl. FISCHER, B.; LENZA, M.; PILL, H.; REICHLIN, L.: Money and monetary policy: The ECB experience, Vortrag auf der 4th ECB Central Banking Conference, Frankfurt am Main, 9./10. November 2006.

¹⁶ Zur Bedeutung monetärer Aggregate vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Deutsche Wirtschaft 2006/2007: Aufschwung mit Januskopf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2006, S. 6-26.

wäre eine nach wie vor auf Preisniveaustabilität ausgerichtete Geldpolitik gezwungen, die monetären Zügel über einen neutralen Kurs hinaus zu straffen.

Bislang sind die mittel- und langfristigen Inflationserwartungen im Euroraum stabil und mit Preisniveaustabilität vereinbar, und das bei relativ günstigen Konjunkturaussichten. Daher genügt es für die EZB wohl derzeit noch, lediglich einen

neutralen Kurs anzusteuern, und die Zinsen auf ein Niveau bis 3,75% zu heben.

Arbeitskreis Konjunktur

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de)

Marian Berneburg, Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich, Ruth Grunert, Ingmar Kumpmann, Axel Lindner, Brigitte Loose, Rolf Scheufele, Götz Zeddies

Verdrängt und vergessen? Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt

In Deutschland ist es in den letzten Jahren nicht gelungen, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen oder zumindest nennenswert abzumildern. Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht dienen vor allem Löhne als Ausgleichsmechanismus zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Nur wenn Arbeit billiger wird – d. h., die Löhne bzw. Lohnnebenkosten sinken – kann sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannen, so der Tenor wirtschaftspolitischer Beratung. Vor diesem Hintergrund wurde und werden im aktuellen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Diskurs immer wieder Lohnsubventionsmodelle diskutiert, wie etwa das der Mini-/Midi-Jobs oder der Kombilöhne und andere Subventionsmodelle für private Arbeitgeber. Diese Maßnahmen und Modelle zur Erhöhung von Beschäftigungschancen wurden in der öffentlichen Debatte bereits ausführlich erörtert und analysiert.

Der vorliegende Beitrag stellt weitere Faktoren, die die Beschäftigungschancen beeinflussen, in den Mittelpunkt: soft skills oder weiche Qualifikationsmerkmale der Beschäftigungsfähigkeit. Der Aspekt der nicht formalen Merkmale wie deren Bedeutung für die Beschäftigungsfähigkeit und -chancen werden erst in wenigen, neueren Ansätzen in der bisherigen Forschungslandschaft diskutiert. Die These dieses Artikels ist es, daß der Grad der individuellen Ausstattung mit diesen weichen Merkmalen die Beschäftigungschancen eines Bewerbers verbessern können und bereits heute wichtiger „Prüfungs“-Bestandteil des Personalrekrutierungsverfahrens der Unternehmen sind. Vermutet werden kann, daß diese Bedeutung noch zunehmen wird.

Betrachtet wird im folgenden die Gruppe der Un- und Geringqualifizierten, da diese nicht nur

häufiger arbeitslos als Akademiker, Facharbeiter und qualifizierte Beschäftigte ist, sondern ihre Arbeitslosenquote auch schneller ansteigt. Eine Verbesserung der Beschäftigungschancen ist für diese Personengruppe demnach besonders wichtig. Im vorliegenden Artikel wird ein Überblick über die Arbeitsmarktsituation der Un- und Geringqualifizierten gegeben und ein theoretischer Erklärungsansatz diskutiert. Des Weiteren werden die Veränderungen der Beschäftigungschancen Un- und Geringqualifizierter aufgezeigt.

Die Situation der Un- und Geringqualifizierten am Arbeitsmarkt

Die problematische Situation der Un- und Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt wird anhand verschiedener Daten deutlich. Die Betrachtung der Erwerbs- und Arbeitslosenquoten für Gesamtdeutschland 2003 zeigt, daß bei vergleichsweise geringer Erwerbsbeteiligung der Geringqualifizierten deren Arbeitslosigkeit relativ hoch ist (Abbildung 1).

Bei den Erwerbspersonen ohne berufliche Ausbildung (primärer Bildungsbereich)¹⁷ lag im Jahr 2003 die Arbeitslosenquote mit 18% deutlich über

¹⁷ Hierbei handelt es sich um die Stufen 1 und 2 der International Standard Classification of Education 1997 (ISCED-97). Diese umfassen die Kategorien kein Abschluß, Haupt-/Realschulabschluß bzw. die gymnasiale Unterstufe. Der Sekundäre Bildungsbereich umfaßt die duale Berufsausbildung, Berufsfachschulen und die gymnasiale Oberstufe (ISCED-97, Stufe 3 und 4). Der tertiäre Bildungsbereich umfaßt Abschlüsse an Fachhochschulen, Berufsakademien, Hochschulen sowie die Promotion (ISCED-97, Stufen 5 und 6). Die ISCED wurde von der UNESCO zur Klassifizierung und Charakterisierung von Schultypen und Schulsystemen entwickelt.